

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/45

Bonn, den 8. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2a

Leistung und Bewährung unserer Jugend

112

Der Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg

Von Heinz Westphal

2a

Im Schatten

28

Zur Woche der Brüderlichkeit

3 - 4

Wie lange noch "Deutsche Arbeiterkonferenzen"?

71

Leipziger "Haus Aue"-Treffen wird immer bedeutungsloser

5 - 6

Afrikanische "Eisberge" (I)

101

Kommunistische Wählerarbeit in Afrika

Von Helmut F. Bärwald

\* \*

\*

Leistung und Bewährung unserer Jugend

Der Jugendkongreß der SPD in Bad Godesberg

Von Heinz Westphal

- \* "Unsere Pflicht und unser Wille zur Wiedergutmachung und
- \* Überwindung der Vergangenheit erzwingt geradezu moralische Maßstäbe bei politischen Entscheidungen. Das wird insbesondere von der jungen Generation erwartet. Mit kleiner Schläue läßt sich nichts Großes konzipieren!"

Irma Keilhack, sozialdemokratische Jugendsenatorin von Hamburg, setzte dieses Bekenntnis zu einer sauberen, fairen, sachlichen Politik an den Beginn des öffentlichen Jugendkongresses der SPD. Der Kongreß fand in der Stadthalle von Bad Godesberg am vergangenen Wochenende statt. Es gab auf dieser Tagung keine Hervorhebung von Ehrengästen - alle waren gleiche Teilnehmer. Rund 600, vor allem junge Menschen aus Schulen und Betrieben, aus Jugendverbänden und Verwaltungen, sassen nebeneinander an den gleichen Tischreihen mit sozialdemokratischen Landesministern, jungen Bundestagsabgeordneten und Kandidaten, Kommunalpolitikern, jungen Wissenschaftlern und Schriftstellern, Soldaten und Offizieren, Jugendleitern und Jugendpflégern. Auf der Bank der Presse sah man auch die Bundessekretäre der Partner der Jungsozialisten in Ring Politischer Jugend als aufmerksame Beobachter.

Professor Carl Ludwig Furck, Hamburg, trug seine aus wissenschaftlicher Arbeit entstandenen Überlegungen zu "Leistung und Bewährung unserer Jugend" vor. Er zerstörte die unzutreffenden Verallgemeinerungen und Denklischees über die heutige junge Generation durch Hinweise auf die tatsächliche Steigerung der Schulleistungen und gute Bewältigung der enormen Anforderungen in den rationalisierten und mechanisierten Betrieben und Büros, wenn man mit den Anforderungen und Leistungen früherer Generationen vergleicht, die unter anderen Zeitumständen aufwachsen. Professor Furck vertrat einen dynamischen Bildungsbegriff. Begabung sei keine von Geburt an feststehende und von Umwelteinflüssen nur bedingt abhängige Größe; sie sei vielmehr in hohem Maße von Herausforderungen und "Bildungsreizen" beeinflusbar. Praktische Konsequenzen, die jetzt gründlich und zur Einleitung einer tiefgreifend neuen Entwicklung gezogen werden müßten, wären die Verlängerung der Vollzeitschule bis zu einem zehnten Schuljahr und eine zusammenfassende, aufeinanderabgestimmte Konzeption für die untrennbare allgemeine und berufliche Bildung des jungen Menschen. Professor Furck's Referat gipfelte in der Forderung nach einer "längeren und besseren Bildung für immer mehr Menschen."

Damit lag er genau auf der Linie der jugendpolitischen Leitsätze, die von der SPD bei diesem Kongreß der Öffentlichkeit vorgelegt wurden und ihren Schwerpunkt eindeutig in konkreten Forderungen zur Verbesserung der Bildung und Ausbildung sowie deren öffentlicher Förderung haben.

Horst Zeidler, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands "Die Falken", und Dr. Günther Müller, Vorsitzender der Jungsozialisten in der SPD, erläuterten in Referaten diese

Leitsätze und setzten sich dabei mit der gegenwärtigen, unbefriedigenden jugendpolitischen Situation in der Bundesrepublik auseinander; der erstere richtern sachlich mit harten Feststellungen, der zweite temperamentvoll und mit geschliffener Ironie. Das Recht der jungen Menschen auf Bildung und Ausbildung muß durch den Bundestag in einem modernen, umfassenden Berufsausbildungsgesetz gesichert werden; und die Forderung nach Gleichheit der Chancen für alle bedürfe der materiellen Sicherung durch eine entsprechende gezielte Ausbildungsförderung, sagte Horst Zeidler. Mit einer Anspielung auf die pauschale "Ausbildungszulage" in der Novelle des Bundeskindergeldgesetzes formulierte Dr. Müller: Es muß sich bei uns bisher noch um einen komischen Sozialstaat handeln, in dem man den Kranken, gleich ob reich oder arm, an den Krankheitskosten beteiligen will, während man den über 50 000 Studenten, die aus der höchsten deutschen Einkommensschicht kommen, auch noch ein Taschengeld gibt. Dies gleiche "Taschengeld" käme nur 80 Kindern aus Ländarbeiterfamilien zugute, weil mehr aus dieser Schicht bisher nicht an unseren Hochschulen immatrikuliert seien.

Die Diskussion des Kongresses, an der sich junge und ältere Sprecher beteiligten, Jugendleiter und Politiker, Studenten und junge Gewerkschafter, griff die Thesen der Referate auf, setzte sich vor allem mit den Problemen des Bildungsnotstandes und seiner Überwindung auseinander. Immer wieder wurden Forderungen nach den bisher in der Gesetzgebung versäumten und vertagten Regelungen für den Bereich der beruflichen Ausbildung und für ein alle Aus- und Fortbildungswege umfassendes System gezielter Ausbildungsförderung erhoben.

Wer ein rednerisches Feuerwerk jugendlicher Unbekümmertheit erwartete, war sicher nicht befriedigt von Referaten und Diskussionen. Hier sprachen Menschen, die bereits an irgendeiner Stelle in der Gesellschaft - ob in der Jugendgruppe, im Kreis von Studenten, in einem kommunalen Parlament oder in den Betrieben und Gewerkschaften - Verantwortung für andere, für junge Leute übernommen haben und sich deshalb um die Sicherung der Basis, um die Chancengleichheit für alle Jugendlichen bemühen. Dies als übertriebenes Sicherheitsstreben der jungen Generation - was nach den Erfahrungen der Vorgänger-Generation nicht verwunderlich wäre - auszulegen, bedeutet, einem Mißverständnis über die Teilnehmerschaft dieses Kongresses junger, verantwortungsbewusster Kräfte des politischen Lebens zu unterliegen.

Fritz Erler, Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, griff in seiner großen Schlußrede dieses Thema auf. Er verwies darauf, daß die Gruppe der sich tatsächlich politisch engagierenden jungen Menschen, die Verantwortung für andere schon in jungen Jahren übernehmen, immer - und nicht etwa nur in dieser Generation - eine Minderheit darstellen würde. Um so wichtiger sei diese Minderheit mit ihrer Ausstrahlungskraft auf die gesamte junge Generation. Es sei kein Zweifel, daß diese engagierten jungen Kräfte heute den Zielen der Sozialdemokratie zuneigten, vertrauen zu dieser großen Volkspartei gefaßt hätten und sich mit deren Forderungen für die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten solidarisch fühlten. Fritz Erler verwies auf den ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, der es verstanden hat, die besten Teile der jungen Generation für das von ihm geforderte Engagement bei öffentlichen Aufgaben zu gewinnen.

Nicht aus Gründen der Nützlichkeit oder höheren Produktion würden Sozialdemokraten für eine entschiedene Steigerung der Bildungsmöglichkeiten für breite Schichten unseres Volkes eintreten. Das wäre nur eine positive Nebenwirkung bei der Lösung dieser großen Gemeinschaftsaufgabe, deren eigentliches Ziel es ist, das Leben menschenwürdig zu machen. Freiheit und Bildung auf der Grundlage sozial gerecht geordneter Lebensumstände - das ist menschenwürdiges Leben. Bildung ist heute ebenso wenig wie die Erhaltung der Gesundheit eine Angelegenheit, die der einzelne für sich allein verantwortlich regeln kann. Nur die Zusammenfassung aller Kräfte der Gemeinschaft kann diese Probleme gerecht für alle meistern. Fritz Erler sprach vom Vertrauen, daß die Sozialdemokraten in die junge Generation und deren selbstgewählte Führungskräfte setzen.

Die Zustimmung, die Erlers Worte durch alle Kongreß-Teilnehmer erhielten, zeigten, daß dieses Vertrauen ein gegenseitiges ist, bei dem auch die von Diskussionsteilnehmern und Referenten vorgetragenen kritischen Anmerkungen auf den jeweils anderen Partner hin ernst genommen und berücksichtigt werden.

+ + +

### Im Schatten

#### Zur Woche der Brüderlichkeit

sp - Das Debakel der deutschen Nahost-Politik, die einseitige Kündigung eines Vertrages über deutsche Waffenlieferungen nach Israel durch die Bundesregierung, das Hin und Her um die Verlängerung der Verjährungsfristen wie auch das unbedachte Wort von Bundesjustizminister Dr. Bucher, wir müßten uns daran gewöhnen, mit Mördern zu leben, legen schwere Schatten über die Woche der "Brüderlichkeit". Sie wird seit vielen Jahren veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der bedeutende Persönlichkeiten angehören. Ist in den letzten erregenden Wochen und Monaten nicht vieles wieder verschüttet worden, was mühsam zustande gekommen war? Die Redner, ob Juden oder Christen, die bei den Kundgebungen in dieser Woche zu Worte kommen, den Geist der Brüderlichkeit beschwören, die Blicke mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit zu richten, werden dies nicht mit leichten Herzen tun können; vielleicht sind sie auch schwer bedrückt und voll beunruhigender und sorgenvoller Gedanken.

Edle und gutgesinnte Männer und Frauen haben sich vor vielen Jahren zusammengefunden, um einen Brückenschlag zwischen dem jüdischen und deutschen Volk zu suchen - trotz allem Entsetzlichen, was dem jüdischen Volk im Namen unseres geschändeten Volkes angetan worden war. Der verstorbene Bundespräsident Theodor Heuss fand für dieses Bemühen ergreifende und unvergessliche Worte. Ein kostbares Pflänzchen gegenseitigen Vertrauens entsprang diesem mit Bedacht und Sorgfalt vorbereiteten Boden; deutsche Jugendliche, unbelastet von den Schrecken der Vergangenheit, gingen nach Israel als Pioniere einer neuen dem Geist der Versöhnung dienenden Gesinnung. Doch was geschah im Raum der großen Politik? Wir alle sind in diesen Tagen erschütterte Zeugen eines Versagens jener, die verantwortlich für die offizielle Politik zeichnen. Neues Mißtrauen tritt hervor und neue Scherben gilt es wieder zu kitten.

+ + +

### Wie lange noch "Deutsche Arbeiterkonferenzen" ?

Leipziger "Haus Aue"-Treffen wird immer bedeutungsloser

sp - Ersatzweise beklatschte man am 6. März 1965 in dem eigentlich recht tristen Saal des Sec-Ausflugsrestaurants "Haus Aue" in Leipzig-Wahren den farblosen Ostberliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert, Mitglied des SED-Zentralkomitees, für nicht erscheinene höhere und bedeutungsvollere Regierungs- und Parteifunktionäre. Schon 1964 war die damals "XX. Deutsche Arbeiterkonferenz" zum größten Bedauern des alljährlich 51 Wochen in Ostberlin fungierenden "Ständigen Ausschusses" nicht mehr des Glanzes wirklich repräsentativer Teilnehmer des "sozialistischen Lagers" gewürdigt worden. Die Tage, in denen Walter Ulbricht oder sogar Nikita S. Chruschtschow nach "Haus Aue" gekommen waren, haben sich bisher nicht wiederholt; möglicherweise ist dieses Forum für solche Spitzenbesuche schon heute nicht mehr repräsentativ genug.

So mußte für die "XXI. Deutsche Arbeiterkonferenz", zu der man sich des Besuches von Vertretern der analogen Gewerkschaften aus Frankreich und Italien, aber auch des Unterhaus-Labour-Abgeordneten Tom Swaine, der 1966 wiederkommen will, und einiger britischer Gewerkschaftsmitglieder, von den Kollegen aus Polen, Ungarn, der CSSR und der UdSSR zu schweigen, versichert hatte, Friedrich Ebert allein die Spitze von Ulbrichts Regierung und Partei repräsentieren. Er kam erst am späteren Nachmittag um die Kaffeestunde zu Wort, nachdem die Konferenz schon um 8.30 Uhr begonnen hatte und über die etwa 1 000 Teilnehmer mehr als ein Dutzend von Ansprachen ergossen hatte, deren Inhalt nur sehr begrenzte Variationen zum selben Thema zu bieten hatte. Auch Friedrich Ebert, der vom Ruhme zehrt, der älteste Sohn des ersten Reichspräsidenten zu sein, bewegte sich im Rahmen dieser Variationen, die selbst wieder Variationen der Reden waren, die in den vorausgegangenen "Arbeiterkonferenzen" gehalten worden sind.

Jeder politisch interessierte Mensch in der Bundesrepublik und in der Zone weiß, daß diese "Arbeiterkonferenzen" ein Stück des politisch-taktischen Instrumentariums des Zentralkomitees der SED sind, und bewertet diese Tagungen dementsprechend. Die west-

deutschen Gewerkschaften und die SPD, an deren Mitglieder sich der Ostberliner "Ständige Ausschuß" regelmäßig mit der Aufforderung zur Teilnahme wendet, haben sich deshalb logischerweise entschieden von diesem Ostberlin-Leipziger Unternehmen distanzieren. Die Beobachtung des Verlaufs und des Ergebnisses der "Arbeiterkonferenzen" und die Prüfung der dort gehaltenen Reden bestätigt diese Distanzierung als eine absolut zu Recht erfolgte Maßnahme. Auch die "XXI. Arbeiterkonferenz" vom 6. März 1965 läßt sich allein schon durch die Reden Friedrich Eberts, des FDGB-Bundessekretärs Jendretzki und des Mitglieds des in der Zone lebenden Zentralkomitees der verbotenen KPD, Ledwohn, als neuer und damit eigentlich überflüssiger Beweis für die Richtigkeit der Haltung des DGB und der SPD verzeichnen. Es ist daher nicht anzunehmen, daß auch nur ein einziger Funktionär des "Ständigen Ausschusses" oder der hinter ihm stehenden Führung der SED und des FDGB mit dem Gedanken spielen würde, die Reaktion aus Düsseldorf oder Bonn könnte anders ausfallen.

Dagegen sollte man sich aber doch mehr als bisher der Frauen und Männer annehmen, die aus der Bundesrepublik zu der Leipziger Konferenz fahren; damit sind nicht die westdeutschen Kommunisten gemeint, die sich alljährlich in "Haus Aue" zu versammeln pflegen. Aber es gibt doch Frauen und Männer, die eine persönlich ernste Sorge nach Leipzig treibt, weil sie glauben oder sich einreden, daß man zuhause ihre Sorgen nicht ernst genug nähme. Diese Sorge heißt auch 1965 vor allem wieder Atomkrieg, eine Sorge also, die die Leipzig-Fahrer mit allen Deutschen in West und Ost und mit allen Menschen dieser Erde teilen. Wo diese Sorge nicht bloß von dem "Kitzel" gelenkt wird, in Leipzig vor ständig beifallsbereiten und unkritischen Zuhörern es der Bundesregierung oder der SPD- und DGB-Führung "einmal geben" zu können, dort sollte wirklich das Bemühen einsetzen, die Gewissensbeworgnis mitzutragen und die Besorgten davor zu behüten, noch einmal den lockenden Flötentönen aus Leipzig Folge zu leisten. Man sollte den SED-Akteuren das Spiel nicht zu leicht machen. Mitmenschliche Vor- und Fürsorge könnte sehr viel dazu beitragen, daß die SED-Kommunisten und ihre westdeutschen Gefolgsleute bei der "XXII. Deutschen Arbeiterkonferenz" im Jahre 1966 noch mehr als heute unter sich bleiben. Dann wäre dieses Stück des Ulbricht-Instrumentariums endgültig bedeutungslos geworden.

## Afrikanische "Eisberge" (I)

---

### Kommunistische Wühlarbeit in Afrika

Von Helmut F. Bärwald

Der afrikanische Kontinent ist seit Monaten in verstärktem Maße zum Feld kommunistischer Wühlarbeit geworden. Von Moskau oder Peking ideologisch gesteuert und materiell unterstützt, wird von einheimischen Kommunisten und ausländischen Hintermännern in vielen afrikanischen Staaten das ganze Waffenarsenal kommunistischer Zersetzung und Infiltration eingesetzt. Das strategische Ziel ist überall das gleiche: Die Machtergreifung durch die Kommunisten. Die Taktik ist variabel, den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen jedes einzelnen afrikanischen Staates angepaßt. Dabei werden emotionale Strömungen und Gegenströmungen, Spannungen zwischen Stämmen oder Bevölkerungsgruppen geschickt ausgenutzt und Krisenperioden im Aufbau und in der Festigung der jungen Staaten für die Zwecke der Kommunisten manipuliert. Die Marschbefehle und Arbeitsanleitungen für die kommunistischen Untergründer sind in den Schriften Lenins ebenso zu finden wie im neuen Parteiprogramm der KPdSU.

Hinter den Kulissen kommunistischer Wühlarbeit in Afrika stehen zwei Konkurrenten, die den Afrikanern die gleiche Ware in verschiedener Verpackung verkaufen wollen: Peking und Moskau. In letzter Zeit allerdings war in diesem Wettlauf ein Vorsprung Pekings klar zu erkennen. Der Präsident des westafrikanischen Staates Obervolta stellte fest, daß die chinesische Frage für Afrika entscheidend und daß jeder zu verurteilen sei, der durch sein Schweigen die Invasion des afrikanischen Kontinents durch den rotchinesischen Kommunismus fördere. Der in die Vereinigten Staaten geflüchtete ehemalige Kulturattaché der rotchinesischen Botschaft in Burundi, Tung Chi-ping, zitierte Mao tse Tungs Rezept für Afrika: "Wenn wir den Kongo beherrschen, dann sind wir in der Lage, ganz Afrika zu erobern."

Die Wege, die die Kommunisten in Afrika auf dem Weg zur Macht gehen, sind vielfältiger Art. Sie reichen von der Anwendung der "Volksfront"-Taktik, wie zum Beispiel im Sudan, bis zum politischen Kord, wie in Burundi.

### "Wer den Sudan hat, hat Afrika"

Ibrahim Abbud, der vor etlichen Jahren diese Worte sprach, war zu dieser Zeit gerade Regierungschef der Republik Sudan im Nordosten des afrikanischen Kontinents geworden. 1958 warnte Abbud: "Der Weltkommunismus hat seine Aktivität jetzt auf Afrika gerichtet und will die afrikanischen Völker mit seinem Imperialismus überziehen, um sie schließlich zu beherrschen." Sieben Jahre später mußte Ibrahim Abbud seine Warnung im eigenen Lande bestätigt finden. Abbud wurde gestürzt. Seine von ihm sieben Jahre lang geführte Militärregierung - an die wir sicherlich nicht ohne weiteres alle Prinzipien eines demokratischen Staatswesens als Maßstab anlegen können - wurde durch eine Übergangsregierung abgelöst, der bis vor kurzem vier Kommunisten angehörten.

Dieser Erfolg fiel den Kommunisten im Sudan nicht in den Schoß; er war das Ergebnis langjähriger Wühlarbeit, ausgeklügelter Taktik und einer außerhalb des Landes konzipierten Strategie. Die vier zeitweise amtierenden kommunistischen Minister bilden nur die sichtbare kleine Spitze eines Eisberges, der bekanntlich unter der Wasseroberfläche um ein Mehrfaches mächtiger ist als sein sichtbarer Teil.

Als im Oktober 1964 zahlreiche Sudanesen - gewiß in Wahrnehmung demokratischer Rechte - auf Massendemonstrationen ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Abbud bekundeten, begann die Maschinerie eines seit Jahren im Verborgenen aufgebauten kommunistischen Apparates zu laufen. Wenige,

aber dafür um so besser trainierte und disziplinierte kommunistische Funktionäre nutzten spontane Demonstrationen geschickt aus und nahmen die mit der Regierung Unzufriedenen fest an die kommunistische Kandare. Der nächste Schritt war die Bildung einer 15-köpfigen Regierung der "Nationalen Front" - ein aus taktischen Gründen verwendeter Terminus für die hinreichend bekannte kommunistische "Volksfront" - in der "nur" vier kommunistische Minister scheinbar loyal mitarbeiteten. Zur gleichen Zeit wird in aller Stille der kommunistische Apparat, das Gewirr von Zellen und Stützpunkten in den Gewerkschaften, Jugendverbänden und anderen Organisationen und Institutionen immer weiter ausgebaut und befestigt.

#### Arbeitsfeld der Illegalen: Gewerkschaften und Jugendverbände

Die Kommunistische Partei des Sudan wurde im Jahre 1957 verboten. Die Wirkung dieses Verbotes war anders als erwartet. Der kommunistische Eisberg, der seitdem in den politischen Gewässern des Sudan herumschwimmt, wuchs trotz des KP-Verbotes (oder gerade dadurch?) in einem das Staateschiff des Sudan höchst gefährdendem Maße. Die Kommunisten begannen in der Illegalität mit der Bildung kleiner, straff organisierter und ausgebildeter kommunistischer Zellen in den sudanesischen Gewerkschaften und in den Jugend- und Studentenverbänden. Einer der führenden Kräfte in dieser Arbeit war von Anfang an der rege und intelligente Gewerkschaftsfunktionär El Shafie. Nach wechselvoller Betätigung im kommunistischen Untergrund, nach fünf Jahren politischer Haft, ist er heute Generalsekretär des von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaftsbundes des Sudan, einer der Vizepräsidenten des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes und war für mehrere Monate Minister.

Parallel zur Arbeit auf der gewerkschaftlichen Ebene bemächtigten sich die kommunistischen Untergründer der sudanesischen Jugend- und Studentenorganisationen. Nationalistische Gefühle und materiell-soziale Unzufriedenheit, besonders unter den Studenten des Landes, werden von den kommunistischen Funktionären geschickt in antiwestliche Demonstrationen und Aktionen umgeleitet. Gleichzeitig werden die kommunistischen Länder - vor allem die Sowjetunion und Rotchina - als Modellbilder dargestellt. Vom kommunistischen Apparat ausgesuchte junge Leute wurden ohne Wissen der zuständigen sudanesischen Behörden in die Sowjetunion und in andere Ostblockstaaten zur Ausbildung und zum Studium geschickt. In vielen Fällen kehren jedoch die von den Kommunisten außer Landes geschickten jungen Leute halbgebildet, aber um so überzeugter von ihrer Wichtigkeit, in den Sudan zurück und finden da nicht die erwartete oder überhaupt keine Arbeit. Der Schritt zum manipulierten und manipulierbaren kommunistischen Apparatfunktionär ist dann meist nur noch klein.

#### Schwierige Alternative

Im März dieses Jahres sollen im Sudan Wahlen stattfinden, deren Ausgang über die Zusammensetzung einer neuen ordentlichen Regierung dieses afrikanischen Staates entscheiden wird. Noch fühlen sich die Kommunisten im Lande offenbar nicht stark genug, sich den Wählern zu stellen. Aus diesem Grunde agitieren sie dafür, die Wahlen auf einen späteren - für sie günstigeren - Zeitpunkt zu verschieben.

Das, was sich im Sudan - ähnllich wie in anderen afrikanischen Staaten - seit Jahren im Untergrund abspielte und seit dem Herbst vorigen Jahres offenkundig geworden ist, stellt die Sudanesen vor die Alternative, entweder dem Machtstreben der Kommunisten Einhalt zu gebieten, oder ... zur "Kolonie" Moskaus oder Pekings zu werden.

Fortsetzung folgt